SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Ein Umschwung in den letzten Wochen des Landtagswahlkampfes: Befunde einer mehrwelligen Wiederholungs-befragung zur niedersächsischen Landtagswahl 2017

Schoen, Harald; Wuttke, Alexander; Kratz, Agatha; Preißinger, Maria

Preprint / Preprint
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Schoen, H., Wuttke, A., Kratz, A., & Preißinger, M. (2018). Ein Umschwung in den letzten Wochen des Landtagswahlkampfes: Befunde einer mehrwelligen Wiederholungs-befragung zur niedersächsischen Landtagswahl 2017. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, *49*(1), 22-39. https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-1-22

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

Diese Version ist zitierbar unter / This version is citable under:
https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-58743-6

Ein Umschwung in den letzten Wochen des Landtagswahlkampfes: Befunde einer mehrwelligen Wiederholungsbefragung zur niedersächsischen Landtagswahl 2017

Harald Schoen, Alexander Wuttke, Agatha Kratz und Maria Preißinger

Study @ Nomos eLibrary
Replication Material
DOI: 10.5771/0340-1758-2018-1-22

Note: This is an uncorrected draft and not the final proof.

Abstract English

Schoen, Harald, Alexander Wuttke, Agatha Kratz and Maria Preißinger: A swing in the final weeks of the campaign: evidence from a multi-wave panel survey on the 2017 state election in Lower Saxony 2017.

The state election in Lower Saxony in October 2017 walked in the shadows of the preceding election on the federal level. In light of both campaigns' temporal proximity, this study investigates the development of political attitudes towards the federal and the state level and their relative influence on voter behavior in Lower Saxony. We make use of a multi-wave panel survey of 1,346 eligible voters in Lower Saxony, which was carried out in the framework of the German Longitudinal Election Study (GLES). Cross-sectional and longitudinal analyses show that a significant minority of respondents based their voting decision in the state election on state-specific considerations. State-specific attitudes varied strongly and to a large extent independently of attitudes towards parties and politicians at the federal level and went hand in hand with changes in voting intentions. The Lower Saxony SPD, in particular, was able to promote the popularity of its leading candidate, thereby leaving behind the CDU at the ballot boxes. [ZParl, vol. 49 (2018), no. 1, pp. 22 – 39]

Abstract deutsch

Die niedersächsische Landtagswahl im Oktober 2017 fand im Schatten der vorhergehenden Bundestagswahl statt. Vor dem Hintergrund der zeitlichen Nähe beider Wahlgänge untersucht dieser Aufsatz die Entwicklung bundes- und landesbezogener Einstellungen im Wahlkampfverlauf sowie deren Einfluss auf das Wählerverhalten in Niedersachsen. Eine mehrwellige Wiederholungsbefragung von 1.346 niedersächsischen Wahlberechtigten, die im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) durchgeführt wurde, dient als Grundlage der Untersuchung. In quer- und längsschnittlichen Analysen wird gezeigt, dass eine bedeutende Minderheit der Befragten den Wahlentscheidungen auf der Landesebene ebenenspezifische Erwägungen zu Grunde legt. Landesbezogene Einstellungen waren einer von der Bundesebene weitgehend unabhängigen Wahlkampfdynamik unterworfen, die die Wahlabsichten des Elektorats beeinflusst zu haben scheinen. So konnte gerade die niedersächsische SPD die Popularität ihres Spitzenkandidaten in den letzten Wahlkampfwochen steigern und dadurch die CDU in einem Schlussspurt als stärkste Kraft ablösen. [ZParl, 49. Jg. (2018), H. 1, S. 22 – 39]

1. Einleitung[1]

Als der niedersächsische Landtag am 21. August 2017 seine vorzeitige Auflösung beschloss und für den 15. Oktober 2017 eine vorgezogene Neuwahl anberaumt wurde, schien es auf der Grundlage veröffentlichter Umfrageergebnisse ausgemachte Sache, dass die CDU im nächsten niedersächsischen Landtag wieder die größte Fraktion stellen würde.[2] Diese Erwartung erfüllte sich nicht. Stattdessen gelang es der SPD, die CDU zu überflügeln und schließlich in einer SPD-geführten großen Koalition den Ministerpräsidenten zu stellen.[3] Die Verschiebungen der parteipolitischen Kräfteverhältnisse in den Wochen vor der Wahl deuten darauf hin, dass der Wahlkampf, welcher der Wahl im Oktober vorausging, das individuelle Wahlverhalten und den Wahlausgang beeinflusste. Allerdings ist es schwierig, aus Verschiebungen von Stärkeverhältnissen in einer bestimmten Periode auf deren Ursache zu schließen. [4] Im vorliegenden Fall gilt das erst recht. Denn der Landtagswahlkampf fiel in die letzten Wochen des Bundestagswahlkampfes sowie in die drei Wochen nach der Bundestagswahl. Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass die sog. Sondierungsgespräche auf Bundesebene über eine mögliche Koalitionsregierung aus CDU, CSU, FDP und Grünen erst nach der niedersächsischen Landtagswahl aufgenommen wurden, gab es während der letzten Wochen vor der Landtagswahl etliche politische Kommunikation von der Bundesebene, welche die Urteilsbildung und das Wahlverhalten der niedersächsischen Wahlberechtigten hätte beeinflussen können. Es gilt also, Einflüsse der Landes- und der Bundesebene zu separieren, um Fehlschlüsse zu vermeiden.

Folgt man der vorherrschenden Lesart von Landtagswahlen als zweitrangingen Wahlen, so ist im niedersächsischen Fall zu erwarten, dass landespolitische Einflüsse kaum ins Gewicht fielen. Denn das Second-Order-Election-Modell geht davon aus, dass das Wahlverhalten bei zweitrangigen Wahlen generell von Faktoren aus der nationalen Hauptarena beeinflusst wird, deren Einfluss im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit einer nationalen Wahl besonders stark ausgeprägt sei.[5] Diese Erwartung wird unter anderem damit begründet, dass in zeitlicher Nähe

---

[1] Reproduktionsmaterialien sind bei [LINK ZU DATAVERSE vor Veröffentlichung einfügen] zugänglich.
[2] Vgl. Infratest dimap (Hrsg.) LänderTREND. Niedersachsen August 2017 im Auftrag des NDR, https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/niedersachsen/laendertrend/2017/august/ (Abruf am 18.1.2018).
[3] Siehe den Beitrag zur niedersächsischen Landtagswahl in diesem Heft.
[4] Vgl. *Harald Schoen*, Wahlkampfforschung, in: *Jürgen W. Falter / Harald Schoen* (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 503–542, hier: S. 525.
[5] Vgl. etwa *Karlheinz Reif / Hermann Schmitt*, Nine Second-Order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results, in: European Journal of Political Research, 32. Jg. (1980), H.1, S. 3-44; *Mark N. Franklin / Till Weber*, American Electoral Practices in Comparative Perspective, in: *Jan E. Leighley* (Hrsg.), The Oxford Handbook of American Elections and Electoral Behavior, Oxford 2010, 667-684; siehe aber etwa *Heiko Giebler*, Not Second-Order, but Still Second-Rate? Patterns of Electoral Behavior in German State Elections, in: *Harald Schoen / Sigrid Roßteutscher / Rüdiger Schmitt-Beck / Bernhard Weßels / Christof*

zu einer nationalen Wahl die politische Kommunikation, die von den Wahlberechtigten wahrgenommen werden kann, noch stärker als sonst von der nationalen Ebene dominiert werde. Da Niedersachsen unter den deutschen Bundesländern nicht als außergewöhnlich verschlossen gegenüber bundespolitischen Einflüssen auf Landtagswahlen charakterisiert wird, [6] erscheint es aus dieser Sicht umso anspruchsvoller, den Nachweis zu führen, dass die Landtagswahlkampagne das Wahlverhalten und den Wahlausgang beeinflussten.

Als einen ersten Hinweis darauf, dass die Suche nach Einflüssen des Landtagswahlkampfes auf das Wahlverhalten bei der niedersächsischen Landtagswahl nicht müßig ist, kann man die Tatsache werten, dass die niedersächsischen Parteien bei der Landtagswahl merklich anders abschnitten als bei der Bundestagswahl. So erhielt die CDU bei der Bundestagswahl eine Zweitstimme von 26,7 Prozent der Wahlberechtigten, bei der Landtagswahl hingegen von 21,2 Prozent. Auch die Grünen, die FDP, die AfD und die Linke verzeichneten bei der Landtagswahl geringere Stimmenanteile als bei der Bundestagswahl drei Wochen zuvor. Der SPD gelang es jedoch trotz der niedrigeren Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 23,3 Prozent der Wahlberechtigten für sich zu gewinnen, anstelle von 20,9 Prozent bei der Bundestagswahl. Diese Unterschiede sind an sich bemerkenswert, aber bieten keinen eindeutigen Aufschluss über die zugrundeliegenden Prozesse. So könnten die Verschiebungen darauf beruhen, dass zwar bundespolitische Faktoren die Landtagswahlentscheidung dominierten, sich aber die bundespolitische Stimmung nach der Bundestagswahl deutlich änderte. Selbst wenn landespolitische Faktoren dominierten, kann eine solche Momentaufnahme nicht ausschließen, dass bereits vor der Auflösung des Landtages die parteipolitischen Vorlieben auf Bundes- und Landesebene auseinanderfielen.

Um die Bedeutung der Landtagswahlkampagne für das Wahlverhalten bei der Landtagswahl am 15. Oktober 2017 auszuloten, ist daher eine tiefergehende Analyse erforderlich. Im vorliegenden Manuskript versuchen wir, einen Beitrag dazu zu leisten. Dazu werden wir auf Daten aus einer Wiederholungsbefragung zurückgreifen, die von August bis Oktober 2017 unter niedersächsischen Wahlberechtigten durchgeführt wurde.

Wolf (Hrsg.), Voters and Voting in Context. Multiple Contexts and the Heterogeneous German Electorate, Oxford 2017, S. 167–189.

[6] Vgl. *Evelyn Bytzek / Susumu Shikano*, Landtagswahlen in Niedersachsen 1970 bis 2003: Landespolitik als wichtiger Einflussfaktor, in: ZParl, 38. Jg. (2007), H. 3, S. 513–521; *Kerstin Völkl / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel*: Zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen: theoretischer Rahmen und Analysemodelle, in: *Kerstin Völkl / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008, S. 25f.

2. Datengrundlage und Vorgehensweise

Um die Frage zu beantworten, welche Rolle landespolitische Elemente für die Urteilsbildung und das Wahlverhalten bei der Landtagswahl in Niedersachsen spielten, verwenden wir Daten aus einer Wiederholungsbefragung, die im Rahmen der German Longitudinal Election Study (GLES) im Onlinemodus durchgeführt wurde.[7] Die Wahlberechtigten, die erstmals im Herbst 2016 befragt wurden, wurden mit einem Quotenverfahren aus dem Online-Access-Panel der Respondi AG gezogen.[8] Es wurde versucht, die Befragten sechs weitere Male vor der Bundestagswahl am 24. September, einmal nach dieser und ein weiteres Mal unmittelbar nach der niedersächsischen Landtagswahl zu befragen. Auf die niedersächsische Landtagswahl zugeschnittene Fragen, etwa zur Landtagswahlabsicht, enthielt der Fragebogen in den fünf Befragungswellen, die ab Mitte August 2017 durchgeführt wurden, also als bekannt war, dass im Oktober eine vorgezogene Landtagswahl stattfinden würde.[9] An diesen Befragungswellen nahmen 1.346 Personen aus Niedersachsen teil.[10] Es handelt sich dabei offenkundig nicht um eine Zufallsstichprobe aus den Wahlberechtigten, da neben der Ziehung aus einer vorselektierten Ansammlung befragungsbereiter Personen Prozesse der Panelmortalität und der Panelkonditionierung zu bedenken sind. Diese Eigenschaften gebieten Zurückhaltung bei der Verallgemeinerung von Befunden auf alle Wahlberechtigte in Niedersachsen. Zugleich eröffnet diese Wiederholungsbefragung jedoch die Möglichkeit, bei Wahlberechtigten Entscheidungsprozesse von der Ausrufung der Neuwahl bis zum Wahltag zu beobachten.

Um die Rolle des Landtagswahlkampfes bei der Wahlentscheidung zu untersuchen, setzen wir verschiedene Strategien ein, die in der Zusammenschau aussagekräftige Schlussfolgerungen gestatten sollten. Zunächst untersuchen wir die Motive der Wahlentscheidung auf zwei unterschiedliche Weisen. Dazu greifen wir zum einen auf Antworten auf die offene Frage nach dem wichtigsten Grund der Wahlentscheidung bei der Landtagswahl zurück. Zum anderen untersuchen wir, inwieweit Bewertungen der Spitzenkandidaten bei der Landtagswahl und Bewertungen führender Parteipolitiker auf Bundesebene die Wahlentscheidung auf Landesebene statistisch zu erklären vermögen. Diese Vorgehensweisen erlauben es, subjektive Begründungen und

[7] Siehe Sigrid Roßteutscher / Rüdiger Schmitt-Beck / Harald Schoen / Bernhard Weßels / Christof Wolf / Maria Preißinger / Agatha Kratz / Alexander Wuttke, 2018: Wahlkampf-Panel 2017 (GLES), GESIS Datenarchiv, Köln, ZA6804 Datenfile Version 4.0.0.

[8] Der Quotierung wurde die gemeinsame Verteilung von Alter, Geschlecht und formaler Bildung zugrunde gelegt.

[9] Die exakten Feldzeiten sind: Welle 5: 17.8.-28.8.2017; Welle 6: 4.9.-13.9.2017; Welle 7: 18.9.-23.9.2017; Welle 8: 27.9.-9.10.2017; Nachwahlwelle zur Landtagswahl: 16.10.-24.10.2017.

[10] Darunter sind 315 Befragte, die im Zuge einer Nachrekrutierung vor der fünften Erhebungswelle (Juli/August 2017) hinzugewonnen wurden.

objektive Zusammenhänge festzustellen. Allerdings gestattet das Querschnittsdesign nicht belastbare Schlüsse darüber, ob landespolitische Motive bereits vor Beginn des Wahlkampfes mit dem Wahlverhalten zusammenhingen oder diese Zusammenhänge erst während des Wahlkampfes entstanden. Auch ist es nur bedingt in der Lage, Ursache-Wirkungszusammenhänge zu prüfen.[11] Daher untersuchen wir zusätzlich die Entwicklung politischer Einstellungen und Wahlverhaltensabsichten im Zeitverlauf. Ziel ist es, herauszufinden, ob sich landespolitische Einstellungen unabhängig von bundesbezogenen Einstellungen entwickelten und ob landes- oder bundespolitische Einstellungen so in Einklang mit den Landtagswahlabsichten verliefen, dass eine kausale Interpretation plausibel erscheint. Zusammengenommen sollte diese Vorgehensweise zuverlässigere Aussagen über die Rolle des Landtagswahlkampfes gestatten, als dies konventionelle Querschnittanalysen ermöglichen.

3. Wahlentscheidung und Wahlmotive

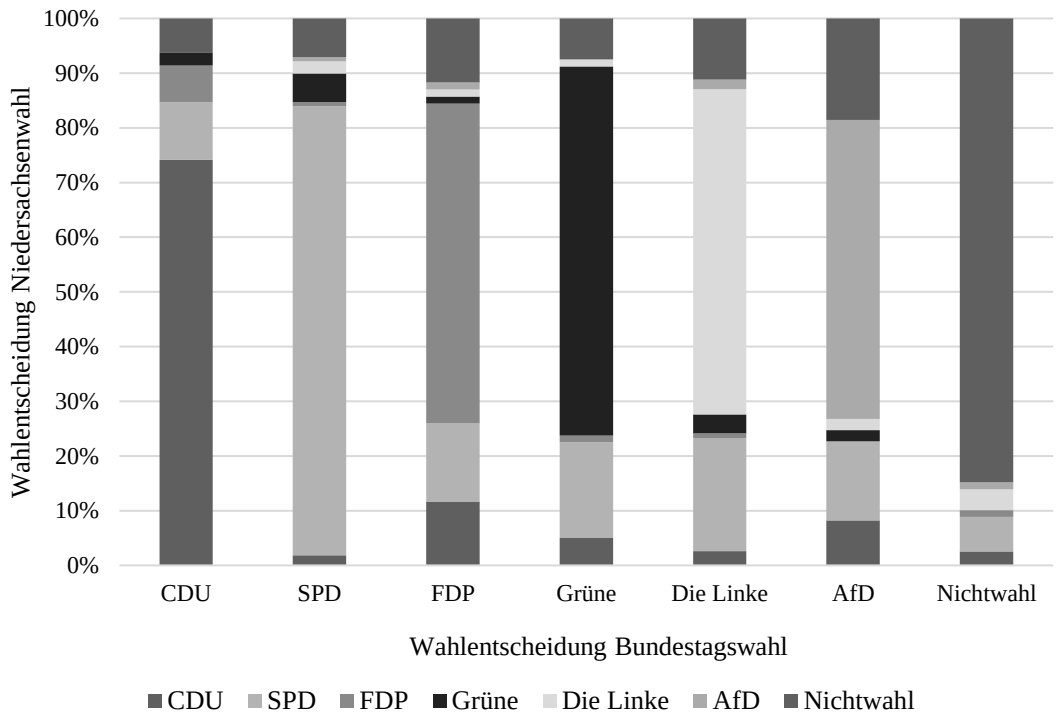
Die unterschiedlichen Stimmenanteile der Parteien in der Bundes- und Landtagswahl deuten bereits darauf hin, dass einige Wähler in der Niedersachsenwahl anders abgestimmt haben als in der Bundestagswahl drei Wochen zuvor. Dies könnte seine Ursache darin haben, dass bei beiden Wahlen unterschiedliche Motive eine Rolle spielten, und auf mögliche Einflüsse der Landtagswahlkampagne hinweisen. Daher soll zunächst die Wählerwanderung von der Bundestagswahl zur Landtagswahl in Niedersachsen näher betrachtet werden. In Abbildung 1 steht jeder Balken für die Wählergruppe einer Partei auf Bundesebene. Die Balkensegmente zeigen, für welche Landesparteien diese Wähler in der Niedersachsenwahl ihre Stimme abgaben.

Die Wählerschaft der einzelnen Parteien in der Landtagswahl setzt sich zu großen Teilen aus den gleichen Wählern zusammen, die schon in der Bundestagswahl für diese gestimmt haben. Den höchsten Anteil an treuen Anhängern von der Bundestags- bis zur Landtagswahl weisen die beiden großen Parteien auf (CDU 74 Prozent und SPD 81 Prozent). Die Grünen konnten rund 66 Prozent treue Wähler verbuchen, während die FDP, die Linke und die AfD merklich niedrigere Anteile der Wähler auch bei der Landtagswahl wieder für sich gewinnen konnten, die bei der Bundestagswahl für sie gestimmt hatten. Alle Parteien verloren einige Stimmen, da Wähler an der Landtagswahl – anders als an der Bundestagswahl – nicht teilnahmen. Daneben traten Wählerwanderungen zwischen den Parteien auf. Davon profitierte nicht zuletzt die SPD, die jeweils rund ein Fünftel der vormaligen Wähler von den Grünen und der Linkspartei für

[11] Vgl. z.B. *Josef Brüderl*, Kausalanalyse mit Paneldaten, in: *Christof Wolf / Henning Best* (Hrsg.), Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse, Wiesbaden 2010, S. 963-994.

sich gewinnen konnte, aber auch von den anderen Parteien bedeutsame Zugewinne verbuchte. Insgesamt haben knapp 69 Prozent der niedersächsischen Befragten (75 Prozent, wenn Nichtwähler nicht berücksichtigt werden) in beiden Wahlen für die gleiche Partei gestimmt.

Abbildung 1: Wählerwanderung von der Bundes- zur Landtagswahl



Unterschiedliches Wahlverhalten auf beiden Ebenen ist noch kein hinreichender Beleg für den Einfluss der Landtagswahlkampagne, da diese Veränderungen im Wahlverhalten auch bundespolitische Entwicklungen seit der Bundestagswahl reflektieren könnten. Gleichzeitig schließt auch übereinstimmendes Stimmverhalten auf beiden Wahlebenen nicht aus, dass sich Wähler in ihrem Wahlverhalten von unterschiedlichen, nämlich ebenenspezifischen Entscheidungskriterien leiten ließen. Um die Wahlmotive genauer zu untersuchen, bedienen wir uns der Antworten der Befragten auf die Frage nach dem wichtigsten Grund für ihre Entscheidung zugunsten der bei der Bundestagswahl bzw. in der Landtagswahl gewählten Partei. Mithilfe des GLES-Verschlüsselungsschemas wurden Codes für die Gründe vergeben und unterschieden, ob diese einen Bezug zur Landesebene aufweisen. Dabei konnten für die Begründung eines Befragten maximal drei Codes vergeben werden.

In Tabelle 1 ist der Anteil der Befragten abgetragen, die für die Entscheidung bei der Landtagswahl landesbezogene Gründe bzw. auf beiden Ebenen den gleichen Wahlgrund genannt haben.

Ein Viertel der niedersächsischen Befragten gab landesbezogene Gründe an, und von diesen Wählern stimmte gut jeder Zweite bei der Landtagswahl für die gleiche Partei wie bei der Bundestagswahl. Dagegen wählte von den Befragten, die keine landesbezogene Begründung nannten, 81,4 Prozent die gleiche Partei auf beiden Wahlebenen. Demnach scheinen landesbezogene Gründe für drei Viertel aller Wähler bei der Landtagswahlentscheidung, zumindest in der subjektiven Wahrnehmung, nicht ausschlaggebend gewesen zu sein. Für die übrigen Wähler scheinen Faktoren mit Niedersachsen-Bezug dagegen so wichtig gewesen zu sein, dass sich fast jeder Zweite für eine andere Partei entschied als in der Bundestagswahl. Von den Wählern, die den gleichen Grund für die Wahlentscheidung auf der Bundes- und Landesebene angaben, wählten fast alle Befragte auch die gleiche Partei auf beiden Ebenen (87,5 Prozent). Zumindest für diese Befragten scheint der Einfluss der bundepolitischen Faktoren so stark zu sein, dass landespolitische Einflussfaktoren wie Regierungsbewertungen oder Kandidatenorientierungen nicht den Ausschlag geben konnten.

Tabelle 1: Landes- und bundespolitische Gründe für die Wahlentscheidung bei der nieder-sächsischen Landtagswahl				
		N	%	Davon Anteil mit gleicher Wahlentscheidung bei der LTW und BTW
Landesbezogene Begründung bei der LTW	Ja	198	25,4	56,6
	Nein	581	74,6	81,4
	Gesamt	779	100,0	
Gleicher Wahlgrund für die Parteienwahl LTW und BTW	Ja	168	22,1	87,5
	Nein	591	77,9	71,7
	Gesamt	759	100,0	

Anmerkungen: Mehrfachnennungen möglich, da die offenen Antworten mit bis zu drei Codes erfasst wurden. Personen, die den gleichen Wahlgrund genannt haben, konnten auch noch landesbezogene Gründe genannt haben. LTW=Landtagswahl, BTW=Bundestagswahl.
Die Informationen über die Wahlgründe bei der Landtagswahl entstammen der Befragung, die nach der Landtagswahl durchgeführt wurde, und jene über Wahlgründe bei der Bundestagswahl wurden in der Befragung nach der Bundestagswahl erhoben.

Ein detaillierterer Blick auf die genannten landesbezogenen Motive kann Aufschluss darüber geben, welche Art der Begründungen besonders häufig genannt wurden und ob diese Motive vom Landtagswahlkampf beeinflusst sein könnten. Wie aus Tabelle 2 hervorgeht, nannte etwa die Hälfte der Wähler mit einer landesspezifischen Begründung die Sympathie mit einem Spitzenkandidaten oder die (Un-)Zufriedenheit mit Landesparteien bzw. der Landesregierung als ihr wichtigstes Motiv. Bei den Nennungen mit Bezug zu Landespolitikern ragt der Ministerpräsident hervor. Von den 53 Personen, die sich auf einen Landespolitiker bezogen, erwähnten alleine 32 Personen den SPD-Spitzenkandidaten Stephan Weil; der CDU-Kandidat Bernd Althusmann wurde dagegen nur drei Mal genannt. Das deutet darauf hin, dass der amtierende Ministerpräsident Weil in dieser Landtagswahl im Vergleich zu anderen Landespolitikern in der subjektiven Wahrnehmung deutlich wichtiger war. Einige Befragte nannten auch das Vertrauen zu einer Landespartei oder Gewohnheit als ihr wichtigstes Entscheidungskriterium. Demnach gibt es auch auf der Landesebene Wähler, die eine Parteiverbundenheit zur Landespartei oder ein habituelles Wahlverhalten entwickelt haben. Etwa ebenso viele Befragte nannten strategische Gründe wie das Ermöglichen oder Verhindern einer bestimmten Koalition als ihr wichtigstes Motiv. Auch wenn im Wahlkampf vor der Landtagswahl von den Parteien Sachfragen wie Bildung, innere Sicherheit oder Energie- und Landwirtschaftspolitik thematisiert wurden,[12] spielten diese in der subjektiven Wahrnehmung der niedersächsischen Wähler nur eine unter-

[12] Siehe den Aufsatz zur niedersächsischen Landtagswahl in diesem Heft.

geordnete Rolle für die Entscheidungsfindung. Insgesamt waren also in der subjektiven Wahrnehmung landesspezifische Gründe nur für eine Minderheit der Befragten für ihre Landtagswahlentscheidung wichtig. Soweit sie solche anführten, erachteten sie vor allem Landespolitiker und die Performanz der Landesparteien als ausschlaggebend.

Tabelle 2: Häufigste Art des Wahlgrunds für die Wahlentscheidung bei der niedersächsischen Landtagswahl

Landesbezogene Begründung	N	%
Landespolitiker	53	26,8
Leistungen Landesregierung/Landesparteien	45	22,7
Parteibindung/Vertrauen/Gewohnheit	35	17,7
Strategisches Wählen	32	16,2
Protestwahl/Wechsel herbeiführen	20	10,1
Landesbezogene Sachfragen	9	4,6
Abgleich eigener Position mit Partei	8	4,0
Gesamt	198	100,0

Anmerkungen: Mehrfachnennungen möglich, da die offenen Antworten mit bis zu drei Codes erfasst wurden. Personen, die den gleichen Wahlgrund genannt haben, konnten auch noch landesbezogene Gründe genannt haben.

Selbstauskünfte über die Gründe menschlichen Verhaltens sind oft fehlerbehaftet.[13] Daher erlaubt dieser erste Überblick selbstberichteter Wahlmotive keine verlässlichen Schlüsse über die Faktoren der Wahlentscheidung bei der niedersächsischen Landtagswahl. Unabhängig von der subjektiven Wahlbegründung können auch für Wähler mit landesbezogenen Gründen bundespolitische Faktoren bedeutsam gewesen sein oder umgekehrt. Im Folgenden nähern wir uns dieser Frage daher mittels logistischer Regressionsanalysen. Wir untersuchen also statistisch, ob gewisse bundes- oder landesspezifische Einstellungen in verschiedenen Wählergruppen bei der niedersächsischen Landtagswahl besonders häufig auftraten. Zu diesem Zweck wird in der Querschnittregression für die finale Wahlentscheidung bei der Landtagswahl der Zusammenhang mit der Bewertung von Landes- und Bundespolitikern – unter Kontrolle anderer Faktoren – betrachtet. Mit diesem Vorgehen soll der relative Einfluss der ebenenspezifischen Faktoren bestimmt werden.

Die Spitzenkandidaten der Parteien spielen in Wahlkämpfen eine prominente Rolle und sollen in unserer Analyse stellvertretend für andere ebenenspezifische Faktoren verstanden werden.

[13] Vgl. etwa *Richard E. Nisbett / Timothy D. Wilson*, Telling More Than We Can Know. Verbal Reports on Mental Processes, in: Psychological Review, 84. Jg. (1977), H.3, S. 231–259.

Damit jedoch die Bewertung von Politikern einen Einfluss auf die Wahlentscheidung haben kann, müssen diese den Wählern auch bekannt sein. Auf Landesebene war die Bekanntheit der Spitzenpolitiker der größeren Landesparteien allerdings noch Mitte September, also in der Befragung unmittelbar vor der Bundestagswahl, vergleichsweise gering. Selbst die Spitzenkandidaten der beiden Parteien mit der besten Aussicht auf das Amt des Ministerpräsidenten (CDU und SPD) waren jedem fünften Befragten unbekannt. Über die Spitzenkandidaten der kleineren Parteien erlaubte sich sogar nur die Hälfte der Befragten ein Urteil. In der letzten Befragung vor der Landtagswahl stieg die Bekanntheit der Landespolitiker leicht, in der Nachwahlbefragung zur Landtagswahl jedoch deutlich. Trotzdem blieb die große Differenz zwischen der Bekanntheit der Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten (Bernd Althusmann: 90% und Stephan Weil: 92%) und dem Spitzenpersonal der kleineren Parteien bestehen (Stephan Birkner, FDP: 72%, Anja Piel, Grüne: 68%, Anja Stoeck, Die Linke: 63%, Dana Guth, AfD: 62%). Da in Regressionen nur Befragte berücksichtigt werden können, für die zu allen betrachteten Merkmalen gültige Angaben vorliegen, hat die relative Unbekanntheit der Landtagskandidaten Konsequenzen für unsere Untersuchung. Die folgenden Querschnittsregressionen sind auf jene Befragte beschränkt, die alle Kandidaten kannten und bewerten konnten. Insofern ist die Aussagekraft dieser Analyse auf politisch besser informierte Befragte beschränkt und suggeriert einen stärkeren Effekt der Politikerbeurteilung auf das Wahlverhalten als in der gesamten Stichprobe tatsächlich vorlag.

Tabelle 3 stellt den Zusammenhang landes- und bundespolitischer Faktoren mit der Wahlentscheidung bei der niedersächsischen Landtagswahl dar. Nichtwähler sind nicht berücksichtigt. Alle unabhängigen Variablen wurden in der Nachwahlbefragung erhoben und sind von 0 (Minimum) bis 1 (Maximum) kodiert. Abgetragen sind jeweils die durchschnittlichen marginalen Effekte der Koeffizienten der jeweiligen logistischen Regressionen. Diese sind zu interpretieren als Anstieg der Wahrscheinlichkeit der Wahl einer Partei, wenn eine unabhängige Variable von ihrem Minimum auf das Maximum erhöht wird, während alle anderen unabhängigen Variablen konstant gehalten werden. [Beispiel: Die Wahrscheinlichkeit, sich bei der Landtagswahl für die CDU zu entscheiden, steigt um 34 Prozentpunkte, wenn sich die Bewertung Bernd Althusmanns von sehr negativ zu sehr positiv verändert.] In den letzten Zeilen der Tabelle ist dargestellt, wie sich die Varianzaufklärung des jeweiligen Modells unter Einbezug der unterschiedlichen Gruppen von unabhängiger Variablen verändert. Auf dieser Grundlage kann beurteilt

werden, inwiefern die Kandidatenorientierung auf der Landes- bzw. Bundesebene die Erklärungskraft des Modells verbessern konnte.[14]

Betrachten wir zunächst den statistischen Einfluss der ebenenbezogenen Kandidatenorientierung auf die CDU-Wahlentscheidung. Unter Kontrolle der Parteiidentifikation zeigt sich das höhere Gewicht der Bewertung der Landespolitiker im Vergleich zu Kandidatenbeurteilungen auf Bundesebene. Sowohl eine positive Bewertung von Bernd Althusmann als auch eine negative Bewertung von Stephan Weil machten eine CDU-Wahlentscheidung bei der Landtagswahl wahrscheinlicher. Wie ein Befragter die CDU-Bundesvorsitzende und Bundeskanzlerin Angela Merkel beurteilte, hing dagegen nicht mit der Entscheidung zusammen, der CDU auf Landesebene die Stimme zu geben. Auch die Varianzaufklärung weist darauf hin, dass die landesspezifischen Kandidatenorientierungen insgesamt mehr zur Erklärung der CDU-Wahl beitragen können als die Beurteilung des bundespolitischen Personals. Für die Wahl der SPD finden sich sowohl für die Bundes- als auch die Landespolitiker relevante Zusammenhänge. Die Bewertung von Stephan Weil hängt im Modell deutlicher stärker mit der SPD-Wahl zusammen als die Haltung zu Martin Schulz. Für die Grünen-Wahlentscheidung waren bundes- und landesspezifische Faktoren gleichermaßen relevant. Für die Wahl der FDP, der Linken und der AfD findet sich dagegen kein substantieller Einfluss von deren Spitzenkandidaten auf der Landesebene. Diese Wahlentscheidungen hängen offenbar stärker von der Parteiidentifikation und von Kandidatenorientierungen auf der Bundesebene ab. Es gibt demnach in Bezug auf landes- und bundespolitische Determinanten nicht zu vernachlässigende Unterschiede zwischen den Parteien. Während die Wahlentscheidung zugunsten der CDU, der SPD und der Grünen offenbar mindestens ebenso stark oder stärker mit landes- als mit bundesbezogenen Kandidatenorientierungen zusammenhängt, spielt diese für die Wahl von FDP, Linkspartei und AfD im Vergleich nur eine untergeordnete Rolle – und zwar selbst bei Personen, die diese Landespolitiker kannten. Die vergleichsweise große Bedeutung der Bewertung von Althusmann und Weil lässt sich möglicherweise in Teilen auf die höhere mediale Aufmerksamkeit der beiden Spitzenkandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten im Landtagswahlkampf zurückführen.

[14] Vgl. *Wolfgang Jagodzinski / Steffen M. Kühnel*, Zur Schätzung der relativen Effekte von Issueorientierungen, Kandidatenpräferenz und langfristiger Parteibindung auf die Wahlabsicht, in: *Karl Schmitt* (Hrsg.), Wahlen, Parteieliten, politische Einstellungen, Frankfurt a. M. 1990, S. 5-63; *Harald Schoen*, Mir san mir an der weiß-blauen Wahlurne? Eine Analyse des Einflusses der Bundespolitik auf das Wahlverhalten bei bayerischen Landtagswahlen 1966 bis 2003, in: *Kerstin Völkl / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008, S. 63-92, hier: S. 82f.

Tabelle 3: Einfluss landes- und bundespolitischer Faktoren auf die Wahlentscheidung in der niedersächsischen Landtagswahl (logistische Regressionen)

	CDU	SPD	FDP	Grüne	Die Linke	AfD
Stärke der Identifikation	.26*	.37*	.23*	.17*	.23*	.10*
mit jeweiliger Partei	(.03)	(.04)	(.04)	(.03)	(.03)	(.02)
Angela Merkel	.07	-.12	.06	.03	-.03	-.03
	(.04)	(.07)	(.04)	(.04)	(.04)	(.03)
Martin Schulz	-.07	.23*	-.02	-.04	-.05	-.01
	(.05)	(.07)	(.05)	(.03)	(.04)	(.03)
Christian Lindner	-.04	.04	.08	-.12*	.01	-.03
	(.07)	(.08)	(.04)	(.05)	(.05)	(.03)
Katrin Göring-Eckardt	.10	-.06	-.06	.12*	-.00	-.10*
	(.07)	(.09)	(.04)	(.05)	(.05)	(.04)
Sahra Wagenknecht	-.04	-.07	-.04	-.06	.13**	-.02
	(.06)	(.06)	(.03)	(.03)	(.04)	(.03)
Alexander Gauland	-.04	.02	-.13*	-.02	-.12*	.15*
	(.05)	(.07)	(.05)	(.04)	(.05)	(.04)
Bernd Althusmann	.34*	-.09	-.06	-.07	-.05	-.08
	(.08)	(.09)	(.05)	(.05)	(.05)	(.05)
Stephan Weil	-.20*	.41*	-.06	-.00	-.03	-.02
	(.07)	(.08)	(.05)	(.04)	(.05)	(.04)
Stefan Birkner	.04	.04	.04	.02	.02	.09
	(.09)	(.11)	(.06)	(.06)	(.06)	(.05)
Anja Piel	-.05	-.25*	-.03	.18*	.00	.01
	(.09)	(.11)	(.06)	(.05)	(.05)	(.05)
Anja Stoeck	.05	.19	-.02	-.05	.06	-.04
	(.07)	(.10)	(.07)	(.04)	(.05)	(.08)
Dana Guth	-.01	-.11	.15*	.07	-.01	.06
	(.06)	(.07)	(.05)	(.03)	(.04)	(.08)
Korr. Pseudo R^2	.56	.40	.31	.39	.36	.51
Korr. Pseudo R^2 $_{\text{PID + Kontrollvariablen}}$	.48	.32	.27	.31	.34	.39
Korr. Pseudo R^2 $_{\text{B-Kandidaten + Kontrollvariablen}}$	.36	.24	.15	.23	.25	.48
Korr. Pseudo R^2 $_{\text{L-Kandidaten + Kontrollvariablen}}$	.37	.25	.06	.19	.06	.27
Korr. Pseudo R^2 $_{\text{PID + B-Kandidaten + Kontrollvariablen}}$	.50	.37	.32	.38	.39	.53
Korr. Pseudo R^2 $_{\text{PID + L-Kandidaten + Kontrollvariablen}}$	.57	.39	.27	.38	.35	.43
Fallzahl	531	531	531	531	531	531

Anmerkung: Dargestellt sind die durchschnittlichen marginale Effekte mit robusten Standardfehler in Klammern. **: Statistisch signifikant auf dem 99%-Niveau; *: Statistisch signifikant auf dem 95%-Niveau; Kontrollvariablen: Geschlecht, Alter und Bildung. Für Befragte, die in der Nachwahlwelle keine Angabe zur Stärke der Parteiidentifikation gemacht hatten, wurden die Angaben zur Parteiidentifikation aus der letzten Welle vor der Landtagswahl verwendet.
Quelle: Wahlkampfpanel 2017, Nachwahlbefragung Landtagswahl.

Die Befunde deuten darauf hin, dass landespolitische Faktoren das Wahlverhalten bei der niedersächsischen Landtagswahl 2017, insbesondere im Falle von CDU und SPD beeinflussten. Angesichts der methodischen Probleme, die selbstberichtete Handlungsmotive und Querschnittsregressionen mit sich bringen, wäre es jedoch voreilig, auf dieser Grundlage zu folgern, der Landtagswahlkampf habe das Wahlverhalten wesentlich beeinflusst. Um nur ein Problem zu nennen: In Querschnittsregressionen gemessene Zusammenhänge können zu unterschiedlichen Zeiten zustande gekommen sein. Wenn wir also feststellen, dass eine vorteilhafte Bewertung von Stephan Weil mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einhergeht, für die SPD zu stim-

men, so kann dieser Zusammenhang während des Wahlkampfs entstanden sein, aber auch bereits vorher bestanden haben.[15] Um die Rolle des Landtagswahlkampfes für das Wahlverhalten zu erfassen, ist es daher wichtig, auch die Entwicklung von Einstellungen und Wahlverhaltensabsichten im Zeitverlauf zu untersuchen.

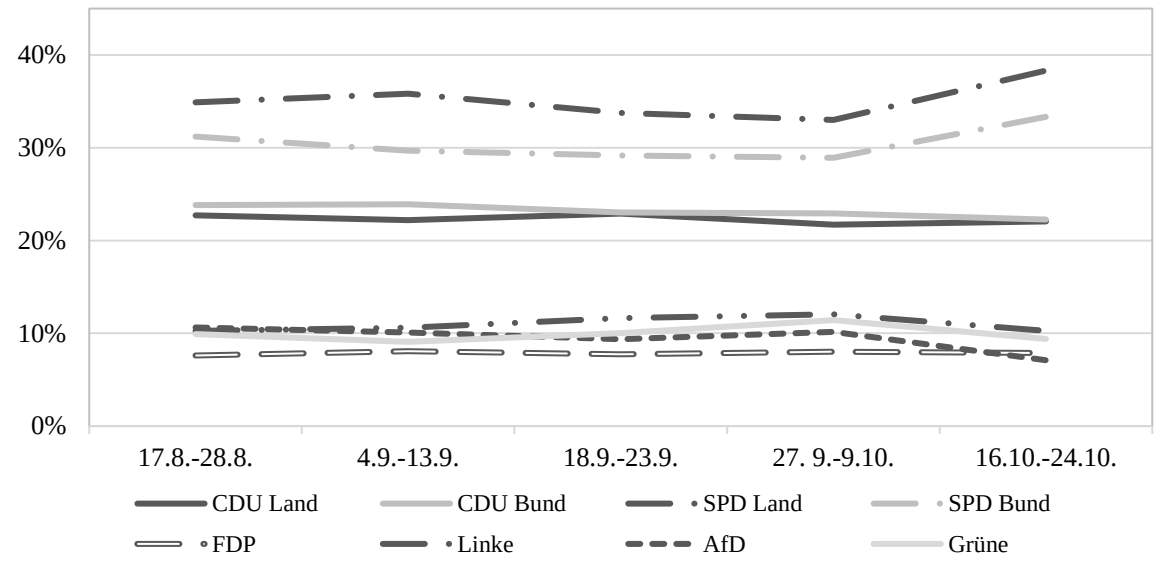
4. Entscheidungsprozesse vor der Landtagswahl

In der Analyse der Entscheidungsprozesse vor der Landtagswahl betrachten wir im ersten Schritt die Verteilung der Parteiwahlabsichten auf Landes- und Bundesebene in den fünf Befragungswellen von August bis Oktober 2017. Abbildung 2 zeigt ein erhebliches Maß an Stabilität. Die Anteilswerte der Grünen, der FDP, der CDU sowie der Linkspartei schwankten in der Sonntagsfrage zur Landtagswahl unter den Befragten nur marginal. Deutliche Veränderungen zeigen sich lediglich in den Wahlabsichten zugunsten von AfD und SPD. Während die AfD zwischen September und Oktober an Zustimmung einbüßte, legte die SPD um rund fünf Prozentpunkte zu.[16] Dass die Volatilität landesspezifischer Wahlabsichten in beiden Fällen erst nach Ende des Bundestagswahlkampfes einsetzte, steht im Einklang mit der Vermutung, dass gerade in den letzten Wochen vor der Wahl und damit nach der Bundestagswahl landespolitische Faktoren das Wahlverhalten maßgeblich beeinflussten. Einen hinreichenden Beleg dafür liefern die Befunde jedoch nicht. Denn Abbildung 2 zeigt auch, dass die SPD parallel auf Landes- und Bundesebene an Zustimmung gewonnen zu haben scheint. Veränderungen in den Wahlabsichten zur Landtagswahl könnten also lediglich Spiegel bundespolitisch begründeter Entwicklungen sein, die nach der Bundestagswahl einsetzten.

[15] Vgl. *Harald Schoen / Hans Rattinger / Maria Preißinger / Konstantin Gavras / Markus Steinbrecher (unter Mitarbeit von Elena Werner),* Election Campaigns and Voter Decision-Making in a Multi-Party System, Baden-Baden 2017, S. 154.

[16] Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind die Wahlabsichten auf Bundesebene für die kleineren Parteien nicht abgetragen. Analog zur Entwicklung der SPD-Anteilswerte, verliert auch die AfD im Oktober sowohl auf Bundes- wie auch auf Landesebene an Wählern, wobei der Rückgang in Niedersachsen stärker ausfiel.

Abbildung 2: Verlauf der Wahlabsicht auf Bundes- und Landesebene



Anmerkungen: Dargestellt sind die Anteilswerte der Wahlabsichten für die sechs größeren Parteien. Berücksichtigt wurden nur Befragte, die „vielleicht", „wahrscheinlich" oder „sicher" an der Landtagswahl teilnehmen wollten.

Gegen diese Vermutung sprechen die in Tabelle 4 zusammengestellten Ergebnisse. Die Tabelle zeigt den Anteil der Befragten, die zum jeweiligen Erhebungszeitpunkt auf beiden politischen Ebenen die gleiche Partei zu wählen beabsichtigen, unterteilt nach der momentanen Wahlabsicht auf Landesebene. Nach Ende des Bundestagswahlkampfes sank der Anteil der Befragten, die auf Landes- und Bundesebene das gleiche Wahlverhalten an den Tag legten (oder legen wollten). Das Auseinanderlaufen von Land- und Bundestagswahlabsicht, das wir besonders bei CDU, SPD, FDP und Linkspartei beobachten können, deutet auf zunehmend eigenständige Landeseinflüsse in den letzten Wochen der niedersächsischen Wahlkampagne hin.

Tabelle 4: Identische Wahlabsicht auf Landes- und Bundesebene (in Prozent)

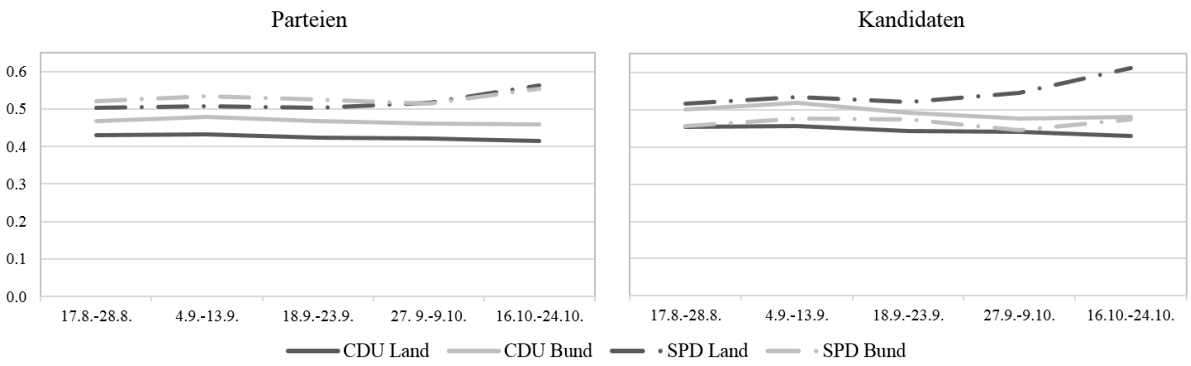
	17.8.-28.8.	4.9.-13.9.	18.9.-23.9.	27. 9.-9.10.	16.10.-24.10.
CDU	91	89	90	89	81
SPD	84	80	83	81	72
FDP	85	81	82	73	65
Linke	87	88	82	87	76
AfD	85	95	86	82	88
Grüne	82	74	72	62	67

Anmerkungen: Angegeben sind Prozentsätze der Wahlabsichten unterteilt nach Landtagswahlabsicht des Befragten.

Um der Frage nachzugehen, ob landesspezifische Faktoren während des Wahlkampfes zu Veränderungen des Wahlverhaltens führten, konzentrieren wir uns auf Einstellungen zu Spitzenkandidaten und Parteien als mögliche Faktoren der Landtagswahlentscheidung.[17] Gehen Wählerwanderungen während einer Landtagswahlkampagne tatsächlich auf genuin landespolitische Faktoren zurück, dann wäre aus dieser Sicht zu erwarten, dass die Verschiebung in den Stimmanteilen mit einer positiveren Bewertung der Landespartei oder ihres Spitzenkandidaten einhergeht, während veränderte Bewertungen von Bundesparteien und -politikern nicht ins Gewicht fallen. Abbildung 3 zeigt exemplarisch, wie sich die landes- und bundesbezogenen Einstellungen zu SPD und CDU unter den Befragten zwischen August und Oktober veränderten. Die Befunde verdeutlichen erstens, dass sich die Einstellungen gegenüber der niedersächsischen SPD ab Mitte September merklich verbesserten. Während die CDU auf bereits niedrigem Niveau leicht an Zustimmung einbüßte, beurteilen die Befragten sowohl die Landes-SPD als auch ihren Spitzenmann von Woche zu Woche positiver. Vor allem Stephan Weil konnte in der Wahlkampfendphase punkten und sich deutlich vom seinem christdemokratischen Kontrahenten Althusmann absetzen. Der SPD-Schlussspurt in den Sonntagsfragen der letzten Wahlkampfwochen war also begleitet von einer deutlich wohlwollenderen Beurteilung des sozialdemokratischen Politikangebots auf der Landesebene. Abbildung 3 zeigt zweitens, dass die größer werdende Kluft zwischen den Beurteilungen von Stephan Weil und Bernd Althusmann nicht mit einer entsprechenden Entwicklung auf Bundesebene korrespondiert. Die Bewertungen von Martin Schulz und Angela Merkel blieben über den Oktober hinweg stabil. Zum Stimmenzuwachs der Landes-SPD in den letzten Wochen vor der Wahl kann somit ein Popularitätsgewinn von Martin Schulz schwerlich beigetragen haben, wohl aber einer von Stephan Weil.

[17] Vgl. *Angus Campbell* / *Philip E. Converse* / *Warren E. Miller* / *Donald E. Stokes*, The American Voter, New York 1960. Vgl. speziell zu Landtagswahlen in Deutschland etwa *Markus Klein / Dieter Ohr*, Bundestestwahlen oder Regionalwahlen? Eine empirische Analyse der nordrhein-westfälischen Landtagswahlen, in: *Kerstin Völkl / Kai-Uwe Schnapp / Everhard Holtmann / Oscar W. Gabriel* (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008, S. 219-238.

Abbildung 3: Verlauf der Partei- und Kandidatenbewertungen auf Bundes- und Landesebene



Anmerkungen: Die Bewertung von Kandidaten und Parteien wurde mit elf Abstufungen abgefragt; Minimum: 0, Maximum: 1.

Die vorgestellten Aggregatanalysen legen Trends in der gesamten Bevölkerung offen, verbergen aber möglicherweise Dynamiken auf individueller Ebene. Auf diese kommt es jedoch entscheidend an, will man den Gründen für Veränderungen im Wahlverhalten auf die Spur kommen. Um intra-individuellen Trajektorien des Wählerverhaltens nachzugehen, haben wir in Abhängigkeit vom Verlauf ihrer Parteiwahlabsichten im Wahlkampf vier Wählertypen unterschieden.[18] Als *loyaler Wähler* wird eingruppiert, wer bei jeder Befragung dieselbe Parteiwahlabsicht äußerte. *Schwankende Wähler* votierten in der Wahlkabine für die Partei, der sie auch zu Beginn des Wahlkampfes zugeneigt hatten, hatten während des Wahlkampfes aber mindestens einmal auch für eine andere Partei oder gar nicht abstimmen wollen. *Kristallisation* einer Wahlabsicht liegt vor, wenn Wähler zu Wahlkampfbeginn keine Wahlabsicht nennen konnten, sich bis zum Wahltag aber letztlich für eine Partei entschieden. *Parteiwechsler* schließlich wollten bereits zu Wahlkampfbeginn für eine bestimmte Partei votieren, wählten letztlich jedoch eine andere Partei. Tabelle 5 zeigt die Häufigkeitsverteilung dieser Wählergruppen unterteilt nach der endgültigen Wahlentscheidung der Befragten.

Die Tabelle demonstriert eine bemerkenswerte Dynamik in den individuellen Meinungsbildungsprozessen vor der niedersächsischen Landtagswahl. Nur eine Minderheit der Wähler gab in jeder Befragungswelle stabile Wahlabsichten an, wobei Befragte, die letztlich FDP oder Grü-

[18] Vgl. *Paul F. Lazarsfeld* / *Bernard Berelson* / *Hazel Gaudet*, The People's Choice. How the Voter Makes Up his Mind in a Presidential Campaign, New York 1944, S. 52, 66ff; *Schoen et al.* (Fn.15), S. 129-130.

nen ihre Stimme gaben, im Wahlkampfverlauf eine besonders hohe Instabilität der Wahlneigung an den Tag legten.[19] Parteiwechsler sowie Wähler mit schwankenden Wahlabsichten, die zu Wahlkampfende zur anfänglichen Wahlabsicht zurückfanden, sind unter den verschiedenen Parteien in ähnlichem Umfang vertreten, aber FDP und Linke konnten im höherem Maße Wahlberechtigte für sich gewinnen, deren Wahlabsicht sich erst im Zuge des Wahlkampfes herauskristallisierte. Diese Befunde stehen im Kontrast zu den geringen Verschiebungen der parteipolitischen Kräfteverhältnisse im Aggregat und unterstreichen, dass die verbreiteten Aggregatbetrachtungen die Dynamik der Meinungsbildung der Wahlberechtigten deutlich unterschätzen.

Tabelle 5: Entwicklungstypen der Parteiwahlabsicht nach finaler Wahlentscheidung (in Prozent)

	Loyal	Schwankend	Kristallisation	Parteiwechsel	N
CDU	51	16	17	15	185
SPD	47	19	19	14	325
FDP	23	36	27	14	66
Linke	40	16	28	17	90
AfD	51	15	16	18	61
Grüne	34	27	20	20	82

Anmerkung: Zeilenprozente. Fehlende Werte zu 100 Prozent sind Wähler anderer Parteien. Es wurden lediglich Befragte berücksichtigt, die an der Landtagswahl sowie an mindestens drei Befragungswellen einschließlich der Nachwahlbefragung teilgenommen haben. Lesehilfe: 51 Prozent aller CDU-Wähler (185 Personen) gaben bei allen Befragungswellen durchgängig die CDU als Wahlabsicht an.

Als Faktoren, die Veränderungen in der Wahlabsicht herbeigeführt haben könnten, haben wir Einstellungen zu Parteien und Kandidaten auf Bundes- und Landesebene identifiziert. Daher untersuchen wir nun deren Entwicklung bei den einzelnen Wahlberechtigten. Da wir danach streben, die Bedeutung landes- und bundespolitischer Faktoren für die Veränderungen von Wahlverhalten zu untersuchen, wenden wir uns der Frage zu, ob partei- und kandidatenbezogene Einstellungen auf Landes- und Bundesebene unabhängig voneinander variieren. Sollten sich weder landes- noch bundesbezogene Einstellungen eines Wählers im Wahlkampfverlauf ändern, so können diese Orientierungen keinen Wechsel in der Wahlabsicht verursacht haben. Wenn sich die Haltungen eines Wählers gegenüber einer Partei hingegen auf beiden Ebenen verbessert und der Wähler zugleich seine Wahlabsicht zugunsten dieser Partei wechselt, ist nicht eindeutig, ob diese Änderung der Verhaltensabsicht ihren Ursprung in der Landes- oder Bundespolitik hat. Wenn sich aber die Haltung einer Wählerin zur einer Landespartei und dessen Spitzenkandidaten im Wahlkampfverlauf deutlich verbessert, während die Bewertung der

[19] Dabei ist zu beachten, dass die Wahlabsicht der Befragten je nach Häufigkeit der Survey-Teilnahme nur an drei bis fünf Befragungszeitpunkten erhoben wurde und Schwankungen zwischen zwei Befragungswellen daher nicht erfasst werden. Daher ist der angegebene Anteil der loyalen Wähler eine Überschätzung der tatsächlichen Stabilität der Parteiwahlabsicht unter den Befragten.

Bundespartei gleichbleibt oder sich merklich verschlechtert und die Wählerin ihre Parteiwahlabsicht zugunsten dieser Partei wechselt, dann liegt die Vermutung nahe, dass landesbezogene Motive ausschlaggebend waren.

Um die Ähnlichkeit der Entwicklung von landes- und bundesbezogenen Einstellungen im Zeitverlauf zu untersuchen, haben wir für jeden Befragten ermittelt, ob sich seine Haltung gegenüber einer Partei und deren Kandidaten über die fünf Befragungswellen hinweg verbesserte, verschlechterte oder stabil blieb. Indem wir die Befunde zu landes- und bundespolitischen Einstellungen miteinander verglichen, stellten wir anschließend fest, ob die Einstellungsdynamiken auf Bundes- und Landeseben ähnlich oder unähnlich verliefen. Die in Tabelle 6 dargestellten Ergebnisse zeigen, dass sich nur unter einer Minderheit der Wähler die politischen Einstellungen auf beiden Ebenen in die gleiche Richtung entwickelten. Gleichläufige Entwicklungen in den Kandidatenbeurteilungen beider Ebenen sind bei einem Drittel der Befragten zu beobachten. Im Fall der parteibezogenen Einstellungen kommen die Muster etwas häufiger vor. Auf beiden Ebenen konstant blieben die Beurteilungen von Kandidaten und Parteien bei höchstens zehn Prozent der Befragten. Bei der Mehrheit der Befragten entwickelten sich landespolitische Einstellungen unabhängig von Haltungen zur Bundesebene. Verbessert sich beispielsweise die Bewertung des Spitzenpersonals einer Bundespartei, so wird der Spitzenkandidat der Partei zur Landtagswahl nicht notwendig besser beurteilt. Unähnliche Verläufe von landes- und bundesbezogenen Einstellungen finden sich dabei über alle Parteien hinweg in einer ähnlichen Größenordnung. Die Befunde weisen somit auf ein erhebliches Potential landesbezogener Einflüsse auf die Wahlentscheidungen des niedersächsischen Elektorats hin.

Tabelle 6: Kongruenz der Einstellungsentwicklung auf Landes- und Bundesebene zwischen August und Oktober (in Prozent)

	Kandidaten				Parteien			
	nicht-gleich-läufig	Bund & Land stabil	gleich-läufig	N	nicht-gleich-läufig	Bund & Land stabil	gleich-läufig	N
CDU	57	8	35	988	52	8	40	1210
SPD	57	7	37	1050	46	7	47	1213
FDP	52	8	40	776	49	8	44	1210
Grüne	56	9	35	744	49	7	44	1212
Linke	58	10	32	701	-	-	-	-

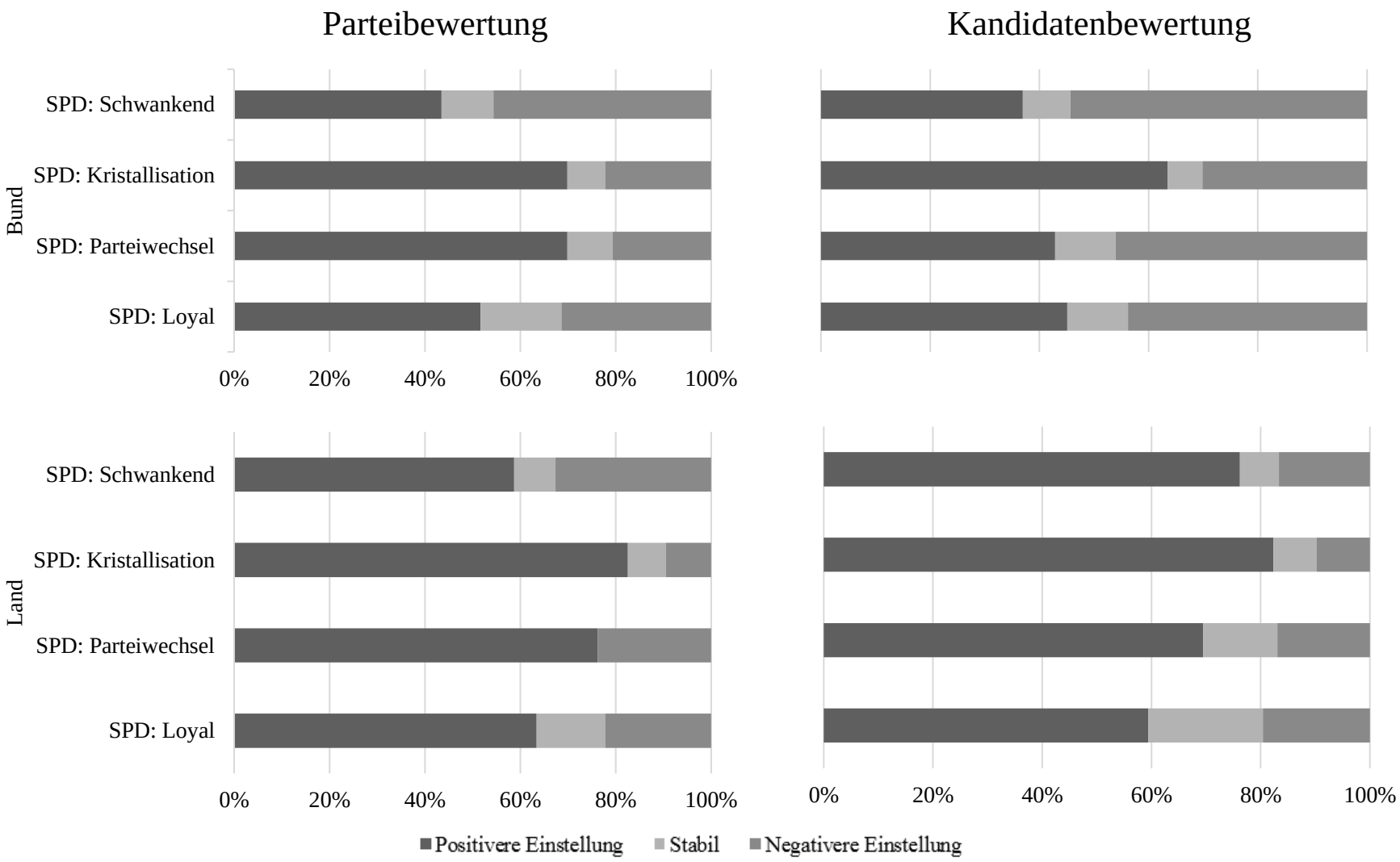
Anmerkung: Für jeden Befragten wurde für die Entwicklung der jeweiligen politischen Einstellungen auf Landes- und Bundesebene über alle Wahlkampfwellen hinweg individuelle Steigungskoeffizient berechnet, die miteinander verglichen wurden. Beispiel: Ein Befragter mit einem positiven Steigungskoeffizienten der CDU-Beurteilung auf Bundesebene, aber einem negativen Koeffizienten der CDU-Beurteilung auf Landesebene weist somit nicht gleichläufige Einstellungsentwicklung gegenüber der CDU auf.
Die Veränderung der Einstellungen können für die Linke und für die AfD nicht angegeben werden, weil die Einstellungen zu den Landesparteien- und -kandidaten nur in der Befragung nach der Landtagswahl erhoben wurden.

Abschließend führen wir nun die Veränderungen von landes- und bundespolitischen Einstellungen und die Veränderungen von Wahlabsichten zusammen, um zu prüfen, ob sich Anhaltspunkte für Einflüsse ersterer auf letztere finden lassen. Diese Analysen konzentrieren wir exemplarisch auf die SPD-Wahl, da diese – wie eingangs gezeigt – einen besonders interessanten Fall darstellt. Dazu untersuchen wir, ob Befragten mit zunehmend positiven oder zunehmend negativen Einstellungsverläufen gegenüber der SPD auf Bundes- oder Landesebene in den von uns identifizierten Wählertypen besonders häufig vertreten sind. Die festgestellten Muster erlauben uns Aufschlüsse über die relativen Einflussstärken beider Ebenen auf das Wahlverhalten bei der niedersächsischen Landtagswahl.

Abbildung 4 zeigt, dass Einstellungsveränderungen gegenüber der SPD mit Änderungen in den Wahlabsichten während des Landtagswahlkampfes einhergehen, wobei Bewegung in landespolitischen Haltungen stärker ins Gewicht fallen. Bei loyalen SPD-Wählern können Einstellungsänderungen nicht als Ursache für Veränderungen der Wahlabsicht oder der finalen Wahlentscheidung dienen. Bei je etwa 60% loyalen SPD-Wähler, deren Einstellungen gegenüber der Landes-SPD und deren Spitzenkandidaten sich verbesserten, konnten diese Änderungen allenfalls bereits vorher gebildete Intentionen festigen. Zugleich gingen die bei etwa 20% verschlechterten Einstellungen gegenüber Landespartei und Stephan Weil nicht mit einem Wechsel zu einer anderen Partei einher. Beinahe die Hälfte der loyalen SPD-Wähler blieb bei ihrer Wahlabsicht, obgleich sich ihr Bild vom Bundesvorsitzenden der SPD eintrübte. Offenkundig blieben diese bundespolitischen Einstellungsänderungen ohne Wirkung auf die Landtagswahlentscheidung.

Wenden wir uns den Personen zu, die im Wahlkampfverlauf zur SPD fanden, so wird deutlich, dass sich in der Mehrzahl der Fälle deren Einstellungen gegenüber der Landespartei und deren Vorsitzendem im Laufe des Wahlkampfes verbesserten. Acht von zehn Wählern, die ohne konkrete Wahlabsicht in die Wahlkampfphase gingen und den Sozialdemokraten am Ende ihre Stimme gaben, waren der Landes-SPD und Stephan Weil mehr zugetan, als sie es zum Zeitpunkt der ersten Befragung waren. Auch schwankende und zwischen Parteien wechselnde Wähler, die letztlich ihr Kreuz bei der SPD setzten, bewerteten die Landes-SPD und, in noch stärkerem Maße, deren Spitzenkandidaten besser. Hier könnten also die verbesserten Bewertungen dazu beigetragen haben, dass letztlich die SPD gewählt wurde. Bei einigen Personen traten solche Einstellungsverbesserungen nicht auf, so dass schwerlich argumentiert werden kann, die betrachteten landespolitischen Faktoren hätten den Ausschlag für die SPD-Wahl gegeben. Bemerkenswerter erscheint jedoch, dass sich bei etlichen Personen, die im Laufe des Wahlkampfes zur SPD fanden, die Einstellungen zur Bundespartei, vor allem aber zu deren Vorsitzendem verschlechterten. Besonders augenfällig wird das beim Typ der Schwankenden. Jeweils rund die Hälfte dieser Personen gelangte im Laufe des Wahlkampfes zu einer Wahlentscheidung für die SPD, obgleich sie die Bundespartei und deren Vorsitzenden schlechter bewerteten. Offenbar blieben diese bundesbezogenen Einstellungsänderungen ohne Konsequenzen für die Landtagswahlentscheidung. Auch wenn es schwierig ist, Ursache-Wirkungsbeziehungen zu belegen, so können wir dennoch festhalten, dass die Entwicklung bundespolitischer Einstellungen deutlich häufiger als jene landespolitischer Einstellungen ohne Wirkung auf die Wahlentscheidung zugunsten der SPD gewesen sein muss. Insgesamt deutet der Zusammenhang zwischen Einstellungsdynamiken und Wahlverhalten darauf hin, dass es der niedersächsischen SPD im Zuge des Wahlkampfes offenbar gelungen ist, zahlreiche niedersächsische Wähler in ihren Einstellungen zur Landespartei und ihrem Spitzenkandidaten freundlicher zu stimmen, und somit Wahlentscheidungen zu ihren Gunsten herbeizuführen.

Abbildung 4: Zusammenhang von Veränderungen der Wahlabsicht und der Einstellungen gegenüber der SPD



Anmerkung: Dargestellt sind Typen von SPD-Wählern in Abhängigkeit von der Entwicklung ihrer Wahlabsicht im Wahlkampfverlauf.

Wie wir am Anfang dieses Abschnitts gezeigt haben, setzte der Meinungsumschwung zugunsten der SPD in den letzten Wochen vor der Wahl am 15. Oktober ein. Insofern liegt die Vermutung nahe, dass insbesondere unter den Spätentscheidern viele die SPD wählten, und dass gerade diese Wähler auch häufiger entsprechende Einstellungsveränderungen zu Gunsten der SPD aufwiesen. In der Tat konnte die SPD überproportional viele Stimmen unter Parteiwechslern gewinnen, die in den letzten zwei Wahlkampfwochen noch anders abstimmen wollten.[20] 43,2% der Spätentscheider gaben letztlich der SPD ihre Stimme. 70% dieser spätentschlossenen SPD-Wähler wiederum beurteilten in den letzten Wahlkampfwochen den SPD-Spitzenkandidaten positiver und 61% hatten ihre Meinung zur Landespartei verbessert.[21] Zusammengenommen legt die Analyse intraindividueller Veränderungen von Einstellungen und Wahlabsichten nahe, dass es der SPD im Schlussspurt des Landtagswahlkampfs gelang, ein verbessertes Meinungsklima in einen Stimmenzuwachs umzumünzen und so die CDU auf den letzten Metern zu überholen.

5. Schlußfolgerungen

Die niedersächsische Landtagswahl 2017 fand drei Wochen nach der Bundestagswahl statt, also in deren Schatten. Selbst in diesem Fall sind deutliche landespolitische Einflüsse auf das niedersächsische Wahlergebnis erkennbar. Diese Schlußfolgerung stützt sich auf eine Reihe von Beobachtungen. Unabhängig von den Beurteilungen des politischen Spitzenpersonals gaben Wähler bei der Landtagswahl eher den Parteien – vor allem CDU, SPD und Grünen – die Stimme, deren Landesspitzenkandidaten sie positiver beurteilten. Zudem führte zumindest eine signifikante Wählerminderheit explizit landesspezifische Argumente, und dabei prominent die Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, zur Begründung ihrer Wahlentscheidung ins Feld. Wie Wähler Personen und Parteien auf Landesebene beurteilen, spiegelt dabei nicht lediglich bundesbezogene Einstellungen wider. Im Zuge des Wahlkampfes haben viele Wähler ihre Ansichten zum politischen Angebot der niedersächsischen Parteien geändert, und zwar häufig unabhängig davon, wie sich ihre Einstellungen zu den Bundesparteien und deren Personal entwickelten. Veränderte Bewertungen von Landesparteien oder zu ihren Spitzenkandida-

[20] Von den 682 Befragten, die an den letzten beiden Panelwellen teilgenommen und jeweils eine Parteiwahlabsicht geäußert haben, wechselten 118 Personen (17,3%) ihre beabsichtigte Wahlentscheidung. Nichtwähler wurden nicht berücksichtigt.

[21] Unter SPD-Entscheidern verbesserte sich die Einstellung gegenüber Stephan Weil um 0,18 und um 0,19 gegenüber der Niedersachsen-SPD, was auf einer von 0 bis 1 reichenden Skala bedeutsame Verschiebungen anzeigt.

ten gingen in einer Reihe von Fällen mit einem Wechsel der Wahlabsicht einher. Davon profitierte nicht zuletzt die niedersächsische SPD. Ihr Spitzenkandidat gewann in den letzten Wahlkampfwochen deutlich an Zustimmung, und die SPD konnte so die CDU als stärkste Kraft ablösen und als Gewinner vom Feld gehen. Selbst im Schatten der Bundestagswahl scheint der Landtagswahlkampf das Wahlverhalten und den Wahlausgang beeinflusst zu haben, ja sogar den Ausschlag dafür gegeben zu haben, dass die SPD die Nase vorn hatte.

Die Befunde zur niedersächsischen Landtagswahl 2017[22] deuten somit nicht nur darauf hin, dass der Wahlkampf überhaupt eine Wirkung entfaltete, sondern auch darauf, dass selbst im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit einer Bundestagswahl Landtagswahlkämpfe das Wählerverhalten beeinflussen können. Die Vorstellung, Landtagswahlen würden – zumindest in zeitlicher Nähe zu einer Bundestagswahl – von der Bundespolitik so sehr dominiert, dass Landtagswahlkampagnen ohne Einfluss blieben, findet in diesem Fall keine Unterstützung. Die Ergebnisse nähren somit weitere Zweifel an der generellen Gültigkeit des Second-Order-Election-Modells zur Beschreibung von Landtagswahlen in Deutschland und, allgemeiner, Regionalwahlen.[23] Wie stets sollte man bei der Verallgemeinerung von Erkenntnissen aus einem Fall vorsichtig sein, dies nicht zuletzt deshalb, weil der niedersächsische Fall Eigenschaften aufweist – man denke etwa an den Fraktionswechsel der Abgeordneten Elke Twesten –, die eigenständige landespolitische Einflüsse begünstigen. Gleichwohl erscheint die ermutigende Folgerung naheliegend, dass politische Akteure mit geschickten – oder ungeschickten – Entscheidungen und Handlungen etwas bewirken und gelegentlich ein anfangs als unwahrscheinlich geltendes Wahlergebnis erzielen können.

[22] Es sind einige methodische Einschränkungen zu berücksichtigen, die sich daraus ergeben, dass die untersuchte Stichprobe keine Zufallsstichprobe aus der niedersächsischen Wahlbevölkerung darstellt und höher gebildete sowie ältere Personen überrepräsentiert sind. Auch kann die Bereitschaft zur wiederholten Teilnahme an wahlbezogenen Befragungen mit Merkmalen wie dem politischen Interesse zusammenhängen. Schließlich kann die Teilnahme an mehreren Befragungswellen das Antwortverhalten beeinflussen. Diese Eigenschaften können die vorgestellten Befunde verzerren, ohne dass wir – mangels geeigneter Daten – dazu in der Lage wären, das Ausmaß dieser Verzerrungen zu beziffern.

[23] Siehe z. B. *Fred Cutler*, One Voter, Two First-Order Elections?, in: Electoral Studies, 27. Jg. (2008), H. 3, S. 492-504.